

Seit 75 Jahren an der Seite der Zahnärzte – Wie sich die Berufsausübung seit 1950 verändert hat

1950 nahm der erste Vorstand der KZVB seine Arbeit auf. Die Herausforderungen waren damals wie heute die gleichen: die Versorgung sichern, ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen und die Zahnärzte bestmöglich bei der Abrechnung unterstützen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen spielen dabei eine wichtige Rolle, wie diese Kurzchronik der KZVB zeigt.

1945 Die von der US-Militärregierung eingesetzte kommissarische Leitung der zahnärztlichen Selbstverwaltung in Bayern unter Dr. Fritz Linnert steht vor enormen Problemen: So müssen zum Beispiel für die zahlreichen Flüchtlinge geeignete Niederlassungsorte gefunden werden.

1948 beginnen in Bayern Gespräche zwischen zahnärztlichen und dentistischen Vertretern. Dentisten waren eine neben den Zahnärzten tätige nichtakademische Berufsgruppe. Durch die Gespräche können die jahrelangen standespolitischen Auseinandersetzungen beendet werden.

1949 verabschiedet der Bayerische Landtag das „Gesetz über die kassenärztliche, kassenzahnärztliche und kassendentistische Vereinigung Bayerns“. Es garantiert die Selbstverwaltung, die Aushandlung von Kollektivverträgen und die Festlegung von Zulassungsbestimmungen. Im Gegenzug übernehmen die Zahnärzte einige Pflichten, unter anderem den Sicherstellungsauftrag.

1950 findet die erste Vertreterversammlung (VV) der KZVB inklusive Wahl der ersten Organe statt. Erster Vorsitzender der KZVB ist Dr. Hans Fick.

1952 wird in Bayern als erstem Bundesland das bisherige Pauschalsystem beendet und eine Einzelleistungsvergütung eingeführt.

1952 Durch das Zahnheilkundengesetz wird die Zahnheilkunde von der Tätigkeit der Dentisten und Zahntechniker getrennt. Damit endet ein langer Kampf der Standespolitiker gegen nichtapprobierte Zahnärzte. Dentisten können sich in den zahnärztlichen Berufsstand eingliedern lassen.

1954 bezieht die KZVB neue Räume in der Herzog-Heinrich-Straße.

1955 verabschiedet der Bundestag das Gesetz über das Kassenarztrecht, in dem die KZVen als Körperschaften des öffentlichen Rechtes definiert wurden. Außerdem wird erstmals festgelegt, dass das Honorar unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Krankenkassen zu bestimmen sei.

1956 bezieht die KZVB das Zahnärzterhaus am Laufertorgraben in Nürnberg. Seitdem ist dort die Dienststelle Nürnberg und die KZVB-Bezirksstelle Mittelfranken beheimatet.

1960 setzt die KZVB als erste KZV die elektronische Datenverarbeitung zur Erfassung der Abrechnungen ein.

1960 bezieht die KZVB in München zusätzlich ein Gebäude in der Schubertstraße 5.

Im Januar

1962 erscheint die erste Ausgabe des Bayerischen Zahnärzteblattes (BZB) als Mitteilungsorgan der KZVB. Seit 1963 besteht die Herausberggemeinschaft mit der BLZK.

1962 löst der Bewertungsmaßstab (BEMA) die Kassenzahnärztliche Gebührenordnung (KazGo) ab. Die Zahl der Leistungspositionen steigt von 27 auf 48.

1972 wird die Kieferorthopädie als Sachleistung in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen.

1972 macht ein Urteil des Bundessozialgerichts die gesamte zahnärztliche Prothetik zur Kassenleistung.

1977 tritt das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz in Kraft. Dies bringt eine Fülle neuer Vorschriften und Verordnungen mit sich. Die Direktoren der KZVB und der BLZK, Dr. Heinrich Reisinger und Dr. Otto Rouenhoff, befürchten, „dass der Gipfel der verwaltungsmäßigen Belastung noch nicht erreicht ist“.

1980 beziehen die bayerischen Zahnärztekörperschaften das neue Zahnärzterhaus Bayern in der Fallstraße in München, das auch heute noch von KZVB, eazf, und den KZVB-Bezirksstellen München und Oberbayern genutzt wird. Die Gebäude in der Schubert- und Herzog-Heinrich-Straße werden aufgegeben.

1990/1991 erarbeitet die KZVB das wegweisende standespolitische Konzept „Vertrags- und Wahlleistungen“. Es kommt jedoch wegen der Seehoferschen Gesundheitsreform 1992 zunächst nicht zur Umsetzung.

2003/2004 probt die KZVB den Aufstand. Grund sind neue gesetzliche Bestimmungen wie die Pflicht zum Fortbildungsnachweis, die Einführung eines bundeseinheitlichen Punktwertes für Zahnersatz und die Praxisgebühr. Nach dem Rücktritt des Vorstands und dem Scheitern einer Neuwahl übernimmt ein Staatskommissar die Führung der KZVB.

2005 Der Berufsverband Zukunft Zahnärzte Bayern (ZZB) stellt die Mehrheit der Delegierten in der VV. Dr. Janusz Rat wird zum Vorsitzenden des Vorstands gewählt, Dr. Martin Reißig zum stellvertretenden Vorsitzenden.

2006 eröffnet die KZVB in München die Zahnarzt-Zweitmeinung.

2007 folgt die Zahnarzt-Zweitmeinung in Nürnberg.

2010 ZZB kann bei der Wahl zur VV die Mehrheit knapp verteidigen. Dr. Janusz Rat bleibt Vorsitzender des Vorstands, Dr. Stefan Böhm wird neuer stellvertretender Vorsitzender.

2014 Die VV beschließt nach kontroversen Diskussionen den Bau von 102 Mietwohnungen auf dem Grundstück hinter dem Zahnärztheaus München. Dadurch soll das Vermögen der bayerischen Vertragszahnärzte trotz der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank erhalten und der Verwaltungskostenbeitrag auf niedrigem Niveau gehalten werden. Bei diesem Projekt kommt es zu erheblichen Kostensteigerungen und Verzögerungen. Gründe sind unter anderem kontaminiertes Erdreich, Nachbarschaftsklagen und die überhitzte Konjunktur auf dem Bausektor.

2016 Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ Bayern e.V.) gewinnt zusammen mit regionalen, zahnärztlichen Vereinen die Wahl zur VV der KZVB. Christian Berger wird in der konstituierenden Sitzung zum Vorsitzenden des Vorstands gewählt, Dr. Rüdiger Schott zum stellvertretenden Vorsitzenden. Da die beiden auch die BLZK führen, gibt es in Bayern nun eine Personalunion an der Spitze der Körperschaften. Die VV beschließt die Erweiterung des hauptamtlichen Vorstands um ein drittes Mitglied sowie eine Erweiterung der Zahl der Delegierten in der nächsten Legislaturperiode von 27 auf 45.

Das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz lässt erstmals auch fachgleiche Medizinische Versorgungszentren zu. Die KZVB warnt in diesem Zusammenhang vor einer Industrialisierung der Zahnmedizin.

2017 Dr. Manfred Kinner wird zum dritten hauptamtlichen Mitglied des Vorstands gewählt.

2018 Die BLZK bezieht ihr neues Verwaltungsgebäude in der Flößergasse in unmittelbarer Nähe zum Zahnärztheaus. Die frei werdenden Räume werden von der eazf und der KZVB renoviert und einer neuen Nutzung zugeführt. Trotz der räumlichen Trennung wird die Zusammenarbeit der beiden Körperschaften intensiviert und institutionalisiert. Es entsteht die Dachmarke „Die bayerischen Zahnärzte“, unter der BLZK und KZVB künftig nach außen auftreten. Das erfolgreiche Bayerische Zahnärzteblatt (BZB) bekommt als Komplementärmedium das BZBplus, das von beiden Körperschaften gemeinsam herausgegeben wird.

Bei Fortbildungen und Veranstaltungen arbeitet die KZVB eng mit der eazf zusammen.

Die VV beschließt einen neuen Honorarverteilungsmaßstab (HVM), der für mehr Planungssicherheit, Transparenz und Gerechtigkeit sorgen soll. Puffertage bei Budgetüberschreitungen gehören damit endgültig der Vergangenheit an. Der Vorstand informiert die Mitglieder bei bayernweiten Dialogtagen über die Systematik des neuen HVM. Über 4000 Zahnärzte und Praxismitarbeiter nehmen daran teil.

Die Digitalisierung schreitet weiter voran. Eine elektronische Abrechnungsmappe löst die „Rote Mappe“ ab und erleichtert den Praxen die tägliche Arbeit.

2019 Mit einer neuen Organisationsstruktur rüstet sich die KZVB für aktuelle und künftige Herausforderungen. Der Vorstand wird nun von einem Hauptgeschäftsführer und zwei Geschäftsführern unterstützt. Es entsteht ein neuer Geschäftsbereich „Kommunikation und Politik“.

Das Bauvorhaben ist nach wie vor nicht fertiggestellt. Zumindest die Kindertagesstätte kann aber eröffnet werden.

Durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz wird die Degression nach über 20 Jahren abgeschafft. Ein großer Erfolg für die zahnärztliche Standespolitik!

Am 1. Juli müssen alle Praxen an die „Telematik-Infrastruktur“ (TI) angebunden sein. Ansonsten drohen Honorarkürzungen. Die KZVB unterstützt die bayerischen Vertragszahnärzte bestmöglich beim sogenannten „Online-Roll-out“. Die Finanzierung wird ebenfalls über die KZVB abgewickelt. Sie zahlt die Pauschalen aus, die die Krankenkassen für die TI bereitstellen.

2020 Die Corona-Pandemie hat auch auf die Zahnärzte massive Auswirkungen. Die Umsätze brechen in den Monaten März und April um bis zu 80 Prozent ein. Viele Praxen melden Kurzarbeit an, Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel werden knapp. Die KZVB reagiert darauf mit der Einrichtung eines „Notdienstes unter der Woche“. Außerdem verschickt sie Tausende von „Hilfspaketen“ an die bayerischen Vertragszahnärzte, damit die Versorgung von Schmerzpatienten während des in Bayern geltenden Katastrophenfalles aufrechterhalten werden kann. Anders als für Ärzte und Krankenhäuser konnten die Zahnärzte anstelle echter Liquiditätshilfen nur Darlehen beantragen, was zu einem Proteststurm innerhalb des Berufsstandes führte. Im Juni führt die KZVB eine bayernweite Informationskampagne mit Zeitungsanzeigen und Radiospots unter dem Motto „Jetzt zum Zahnarzt gehen“ durch. Danach steigt die Zahl der Behandlungsfälle rasch auf das Niveau vor der Pandemie.

2021 Die PAR-Behandlungstrecke wird mit einer neuen Richtlinie, die am 1. Juli in Kraft getreten ist, deutlich erweitert. Die KZVB führt entsprechende Fortbildungen für die Zahnärzte und ihre Praxisteams durch. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn verspricht, dass die PAR-Therapie extrabudgetär sein wird.

Nach der Bundestagswahl wird die erste Ampelkoalition gebildet. Der Neue im Bundesgesundheitsministerium ist Karl Lauterbach (SPD). Er führt die strikte Budgetierung wieder ein, und sie umfasst auch die PAR-Therapie. Daraufhin bricht die Zahl neuer PAR-Behandlungen ein.

Der Freistaat Bayern bringt einen Entschließungsantrag für ein MVZ-Regulierungsgesetz im Bundesrat ein. Der Gesetzgeber bleibt weiterhin untätig, der Vormarsch von Finanzinvestoren schreitet voran. Bayern gilt als iMVZ-Hochburg!

2022 Der Bundestag beschließt das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) – aus Sicht der KZVB ein Frontalangriff auf die flächendeckende Versorgung. Sie warnt vor einem Praxissterben im ländlichen Raum.

Die Mitglieder der KZVB wählen eine neue Vertreterversammlung (VV), die 45 statt bisher 27 Mitglieder hat. Sie wählt einen neuen Vorstand. Vorsitzender des Vorstands wird Dr. Rüdiger Schott. Mit Dr. Marion Teichmann (Stv. Vorstandsvorsitzende) ist erstmals eine Frau Mitglied des Vorstands. Dr. Jens Kober wird zum dritten Mitglied des Vorstands gewählt. Amtsantritt ist der 1. Januar 2023.

2023 Mit einer bayernweiten Roadshow – acht Veranstaltungen in sieben Städten – informiert die KZVB über die Auswirkungen der Budgetierung. Fast 4000 Zahnärzte und Praxismitarbeiterinnen nehmen an den Infoveranstaltungen teil und setzen ein Zeichen gegen die Sparpolitik der Bundesregierung.

Ein Budgetradar im internen Bereich von kzvb.de informiert die Zahnärzte tagesaktuell über den Stand der Budgetausschöpfung. In Verbindung mit dem 2018 beschlossenen Honorarverteilungsmaßstab sorgt das Budgetradar dafür, dass die Gesamtvergütungsobergrenze bei keiner in Bayern tätigen Krankenkasse überschritten wird.

Da die Vergütungsverhandlungen mit der AOK Bayern scheitern, startet die KZVB eine bayernweite Infokampagne. Daraufhin lenkt die AOK Bayern ein und erhöht das Budget für die zahnmedizinische Versorgung. Auch bei dieser Krankenkasse kommt es in der Folge zu keiner Budgetüberschreitung.

2024 Auf die zunehmende Zahl von Cyberangriffen auch auf Einrichtungen des Gesundheitswesens reagiert die KZVB mit der Einführung der Zwei-Faktor-Authentifizierung (2FA) für das Abrechnungskonto. Sie ist vorerst freiwillig, wird aber 2025 verpflichtend.

Kurz vor Jahresende zerbricht die Ampelkoalition. Die KZVB hofft, dass die vorgezogene Neuwahl zu einem Kurswechsel in der Gesundheitspolitik führt und startet die Kampagne „Wählen Sie Gesundheit“.

Im Zahnärztehaus München geht ein neues TV-Studio in Betrieb, in dem künftig Onlinefortbildungen aufgezeichnet werden. Auch der bei den Zahnärzten sehr beliebte „Virtitalk“ kommt künftig aus dem Studio.

2025 Die KZVB legt einen Forderungskatalog an die neue Bundesregierung vor. Er beinhaltet unter anderem eine sofortige Abschaffung der Budgetierung, einen echten Bürokratieabbau, einen Reset bei der Telematik-Infrastruktur, ein MVZ-Regulierungsgesetz und eine Stärkung der Selbstverwaltung.

Dem Trend zur Anstellung versucht die KZVB durch einen Start-up-Tag entgegenzuwirken. 160 angestellte Zahnärzte nehmen daran teil.

Die Notdiensterteilung wird zum 1. Januar 2026 neu geregelt. Sie erfolgt künftig komplett digital mit KI-Unterstützung. Ein Tauschportal unterstützt die Zahnärzte bei der Suche nach einer Vertretung.

Dr. Hans Fick
1950–1956

Dr. Wilhelm Stengel
1956–1964

Dr. Karl Eichinger
1964–1975

Dr. Erich H. Müller
1975–1990

Dr. Martin Reißig
1990–1993

Dr. Rolf-Jürgen Löffler
1993–2004

Dr. Janusz Rat
2005–2015

Christian Berger
2016–2022

Dr. Rüdiger Schott
Seit 2023

Vorsitzende der KZVB